

Stand: 27.04.2024 10:38:18

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/24398

"Energiekosten: Unterstützung für Bayerns Krankenhäuser, Vorsorge- und Rehakliniken, Pflegeeinrichtungen und sonstige medizinische Einrichtungen"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/24398 vom 11.10.2022
2. Beschluss des Plenums 18/24496 vom 12.10.2022
3. Plenarprotokoll Nr. 124 vom 12.10.2022



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel, Bernhard Seidenath, Dr. Gerhard Hopp, Thomas Huber, Josef Zellmeier, Martin Bachhuber, Barbara Becker, Alfons Brandl, Alex Dorow, Matthias Enghuber, Karl Freller, Hans Herold, Johannes Hintersberger, Petra Högl, Michael Hofmann, Andreas Jäckel, Jochen Kohler, Harald Kühn, Andreas Lorenz, Dr. Beate Merk, Martin Mittag, Helmut Radlmeier, Andreas Schalk, Sylvia Stierstorfer, Carolina Trautner, Steffen Vogel, Ernst Weidenbusch, Georg Winter und Fraktion (CSU),**

**Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

### **Energiekosten: Unterstützung für Bayerns Krankenhäuser, Vorsorge- und Rehakliniken, Pflegeeinrichtungen und sonstige medizinische Einrichtungen**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag unterstützt die von Bayern, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein erfolgreich eingebrachte und vom Bundesrat beschlossene Entschließung für „Kurzfristige Sicherung der Liquidität der Krankenhäuser, der Reha- und Vorsorgeeinrichtungen sowie von medizinischen Einrichtungen und Pflegeeinrichtungen wegen außerordentlicher Steigerungen bei Energie- und Sachkosten“.

Der Landtag stellt fest, dass der von Bundeskanzler Olaf Scholz und den Regierungschefinnen und -chefs der Länder gefasste Beschluss vom 04.10.2022 zur Bewältigung der Energiekrise die außerordentlich gestiegenen Energie- und Sachkosten der Einrichtungen verharmlost und das Problem nur in die Zukunft verlagert, obwohl eine rasche Lösung erforderlich wäre.

Der Landtag fordert eine Unterstützung im Bereich der Energiekosten für Krankenhäuser, Vorsorge- und Rehakliniken sowie für medizinische Einrichtungen und Pflegeeinrichtungen durch den Bund.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich weiterhin und mit Vehemenz dafür einzusetzen, dass der Bund seiner Verantwortung gerecht wird und für eine nachhaltige Finanzierung der Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen und Vorsorge und Rehakliniken sorgt, wie bereits im Dringlichkeitsantrag auf Drs. 18/23713 gefordert.

Ebenfalls setzt sich der Landtag auch für Vorsorge- und Reha-Einrichtungen ein, welche im Gegensatz zu Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen bislang noch nicht in Zusammenhang mit dem geplanten Abwehrschirm des Bundes benannt wurden. Mehrkosten sollen zudem nicht von den Beitragszahlerinnen und -zahlern der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung und anderen Sozialversicherungsträgern getragen werden. Dies ist eine Aufgabe des Steuerzahlers.

**Begründung:**

Eine bundesweite Hochrechnung geht von mindestens 4 Mrd. Euro Energiekostensteigerung allein im Krankenhaussektor für 2023 im Vergleich zum Jahr 2021 aus. Ein Krankenhaus mittlerer Größe wird nach aktuellen Berechnungen 2023 über 6 Mio. Euro mehr für Gas und Strom bezahlen, als im Jahr 2021. Dies bedeutet Mehrausgaben in Millionenhöhe, die über die normalen Erlöse in keiner Weise gedeckt oder anderweitig kompensiert werden können. Für alle Kliniken in Bayern hat die Bayerische Krankenhausesellschaft (BKG) bereits im Frühjahr kalkuliert, dass dieses Jahr über 500 Mio. Euro Kosten nicht durch Erlöse gedeckt würden. Und für 2023 würde dieser zusätzliche Fehlbetrag in Bayern auf über eine Milliarde Euro anwachsen. Dabei sind alle Bemühungen zur Einsparung von Energie, soweit dies in einem Krankenhaus mit einem Rund-um-die-Uhr-Betrieb überhaupt möglich ist, bereits einkalkuliert.

Die duale Krankenhausfinanzierung ist geltendes Bundesrecht. Der Bund muss endlich seiner Verantwortung gerecht werden – und im Bereich der Betriebskosten, für die er die alleinige Verantwortung trägt, für spürbare Entlastung sorgen. Gleiches gilt für die Reha-Kliniken oder auch die Pflegeeinrichtungen. Dies kann aber nicht durch einen Griff in die Rücklagen der gesetzlichen Krankenversicherung – und damit zu Lasten der Beitragszahlerinnen und -zahler – geschehen.

Mit der bayerischen Green Hospital/Green Hospital<sup>PLUS</sup> Initiative motivieren und unterstützen wir die Kliniken in Bayern bereits seit Jahren dabei, den Energieverbrauch spürbar zu senken. Auch damit erweist sich Bayern als verlässlicher Begleiter der Krankenhäuser bei der Verbesserung der Energieeffizienz und dem ökologischen Umbau.

Stationäre Reha- und Vorsorgeeinrichtungen werden im Gegensatz zu Krankenhäusern monistisch durch die Erlöse aus vertraglich vereinbarten Vergütungen finanziert, sind aber in gleicher Weise wie Krankenhäuser von entsprechenden Energiekostensteigerungen betroffen, die in den bestehenden Verträgen mit den Sozialversicherungsträgern noch unberücksichtigt sind.

Auch (Zahn-)Arztpraxen und weitere medizinische Einrichtungen (z. B. Praxen der Gesundheitsfachberufe, Apotheken) sind von den steigenden Energiekosten besonders betroffen, wenn sie aufgrund ihres medizinischen Angebots Geräte verwenden, die sehr viel Strom verbrauchen.



## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel, Bernhard Seidenath, Dr. Gerhard Hopp, Thomas Huber, Josef Zellmeier, Martin Bachhuber, Barbara Becker, Alfons Brandl, Alex Dorow, Matthias Enghuber, Karl Freller, Hans Herold, Johannes Hintersberger, Petra Högl, Michael Hofmann, Andreas Jäckel, Jochen Kohler, Harald Kühn, Andreas Lorenz, Dr. Beate Merk, Martin Mittag, Helmut Radlmeier, Andreas Schalk, Sylvia Stierstorfer, Carolina Trautner, Steffen Vogel, Ernst Weidenbusch, Georg Winter** und **Fraktion (CSU)**,

**Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 18/24398

### **Energiekosten: Unterstützung für Bayerns Krankenhäuser, Vorsorge- und Rehakliniken, Pflegeeinrichtungen und sonstige medizinische Einrichtungen**

Der Landtag unterstützt die von Bayern, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein erfolgreich eingebrachte und vom Bundesrat beschlossene Entschließung für „Kurzfristige Sicherung der Liquidität der Krankenhäuser, der Reha- und Vorsorgeeinrichtungen sowie von medizinischen Einrichtungen und Pflegeeinrichtungen wegen außerordentlicher Steigerungen bei Energie- und Sachkosten“.

Der Landtag stellt fest, dass der von Bundeskanzler Olaf Scholz und den Regierungschefinnen und -chefs der Länder gefasste Beschluss vom 04.10.2022 zur Bewältigung der Energiekrise die außerordentlich gestiegenen Energie- und Sachkosten der Einrichtungen verharmlost und das Problem nur in die Zukunft verlagert, obwohl eine rasche Lösung erforderlich wäre.

Der Landtag fordert eine Unterstützung im Bereich der Energiekosten für Krankenhäuser, Vorsorge- und Rehakliniken sowie für medizinische Einrichtungen und Pflegeeinrichtungen durch den Bund.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich weiterhin und mit Vehemenz dafür einzusetzen, dass der Bund seiner Verantwortung gerecht wird und für eine nachhaltige Finanzierung der Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen und Vorsorge und Rehakliniken sorgt, wie bereits im Dringlichkeitsantrag auf Drs. 18/23713 gefordert.

Ebenfalls setzt sich der Landtag auch für Vorsorge- und Reha-Einrichtungen ein, welche im Gegensatz zu Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen bislang noch nicht in

Zusammenhang mit dem geplanten Abwehrschirm des Bundes benannt wurden. Mehrkosten sollen zudem nicht von den Beitragszahlerinnen und -zahlern der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung und anderen Sozialversicherungsträgern getragen werden. Dies ist eine Aufgabe des Steuerzahlers.

Die Präsidentin

I.V.

**Karl Feller**

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Bernhard Seidenath

Abg. Christina Haubrich

Abg. Roland Magerl

Abg. Ruth Waldmann

Abg. Matthias Fischbach

Abg. Susann Enders

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Zur Beratung rufe ich auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten**

**Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU),**

**Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

**Energiekosten: Unterstützung für Bayerns Krankenhäuser, Vorsorge- und Rehakliniken, Pflegeeinrichtungen und sonstige medizinische Einrichtungen (Drs. 18/24398)**

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Bernhard Seidenath von der CSU-Fraktion, das Wort.

**Bernhard Seidenath (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ziemlich zu Beginn der heutigen Plenarsitzung haben wir uns in Erster Lesung mit einem Gesetzentwurf der SPD befasst, der mit dem Titel "Krankenhäuser auskömmlich finanzieren" überschrieben war. Genau darum geht es. Wir müssen die Krankenhäuser vor allem vor Insolvenzen bewahren. In unserem Land brennt es lichterloh. Wir stehen vor einer Insolvenzwellen, die sich gewaschen hat, wenn nicht bald etwas passiert. Es geht um Existenzen. Bayerns Krankenhäuser sind das Rückgrat der Gesundheitsversorgung in Bayern. Durch die erste Krise oder Katastrophe, die Corona-Pandemie, sind wir dank der Krankenhäuser bis heute einigermaßen durchgekommen. Wir müssen deshalb unbedingt alles tun, damit die Krankenhäuser die zweite Krise, die zweite Katastrophe, nämlich die Auswirkungen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine, überleben. Anders gewendet: Wir brauchen unsere Krankenhäuser, unsere Rehakliniken und unsere Vorsorgeeinrichtungen auch künftig. Dasselbe gilt für die Pflegeeinrichtungen und letztlich für alle medizinischen Einrichtungen. Um Bayerns Krankenhäuser vor den drohenden Zusatzkosten von mehr als einer Milliarde Euro, die allein im nächsten Jahr 2023 für Energie mehr aufzuwenden wären, zu schützen, fordern wir, die CSU und die FREI-

EN WÄHLER, mit unserem heutigen Dringlichkeitsantrag vom Bund ein nachhaltiges Unterstützungsprogramm.

Konkret fordern wir die Staatsregierung auf, diese Unterstützung für die massiv steigenden Energiekosten vehement beim Bund einzufordern, um so nicht nur die Krankenhäuser, sondern auch die Reha-Einrichtungen, Vorsorgekliniken und Pflegeeinrichtungen zu entlasten.

Ich war neulich bei einem Krankenhaus in freigemeinnütziger Trägerschaft mit knapp 600 Planbetten. Dort hat man mir gesagt, dass sie für nächstes Jahr mit Energiekostensteigerungen von etwa 7 Millionen Euro rechnen. Sie haben in den besten Jahren eine Million Euro Gewinn gehabt, die sie übrig haben. Diese 7 Millionen allein würden das, was man mit einem Krankenhaus erwirtschaften kann, für sieben Jahre auffressen. Das zeigt doch die Dramatik der Situation. Berechnungen der Bayerischen Krankenhausgesellschaft zufolge würden alle Krankenhäuser Bayerns allein in diesem Jahr Mehrkosten von einer halben Milliarde Euro haben. Im kommenden Jahr steigt der Fehlbetrag dann auf über 1 Milliarde Euro.

Klar muss dabei sein: Dieser finanzielle Ausgleich für die gestiegenen Kosten der Krankenhäuser kann nicht allein die Aufgabe der Beitragszahler der gesetzlichen Krankenkassen sein, sondern er muss aus Steuermitteln erfolgen. Das ist nicht mehr und nicht weniger als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Auch deshalb kann der Landtag die von Bayern, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein erfolgreich eingebrachte und vom Bundesrat inzwischen beschlossene EntschlieÙung für "Kurzfristige Sicherung der Liquidität der Krankenhäuser, der Reha- und Vorsorgeeinrichtungen sowie von medizinischen Einrichtungen und Pflegeeinrichtungen wegen außerordentlicher Steigerungen bei Energie- und Sachkosten" nur unterstützen. Der Bundesrat hat es getan. Der Bund muss jetzt schnellstens liefern, der Bundesgesundheitsminister muss jetzt schnellstens liefern. Er muss schnellstens und endlich aus seiner Untätigkeit und Lethargie heraus.

Es ist uns durchaus bewusst, dass die Expertenkommission der Bundesregierung in dem Papier mit dem schönen Namen "Sicher durch den Winter" auch die Krankenhäuser, die Pflegeeinrichtungen und die Reha-Einrichtungen immerhin nennt. Doch noch fehlt es an der konkreten Umsetzung. Niemand kann planen. Wir wollen mit dem Dringlichkeitsantrag, den wir heute zur Abstimmung stellen, dem Thema mehr "Wumms" verleihen. Unser Dringlichkeitsantrag ist sozusagen der "Wumms" aus Bayern. Die CSU hatte gemeinsam mit den FREIEN WÄHLERN das Thema des Energiekostenzuschlags bereits im Sommer aufgegriffen. Schon im Juni hatten die Gesundheitsminister der Länder mit unserem Gesundheitsminister Klaus Holetschek an der Spitze den Bund auf den Ernst der Lage hingewiesen und rasche Maßnahmen zugunsten der Kliniken sowie auch der ambulanten und stationären Einrichtungen gefordert. Doch seitdem ist nichts passiert.

Das passt aber leider ins Bild der Ampel. Ein Bundestagsabgeordneter aus den Ampel-Fraktionen hat mir Anfang September bei einer Podiumsdiskussion den Vorschlag gemacht, dass Bayern doch zur Rettung den Landesbasisfallwert erhöhen soll. Das ist gar nicht möglich. Da kann man – wie der Patientenbeauftragte Prof. Bauer – nur lachen. Der Bundestagsabgeordnete hat gesagt, dass die Krankenhäuser hilfsweise Kredite aufnehmen müssten. Deutlicher kann man doch Hilflosigkeit und Desinteresse nicht zum Ausdruck bringen!

(Beifall bei der CSU)

Statt die Finanzen der gesetzlichen Krankenkassen zu stabilisieren, beschäftigt sich der Bundesfinanzminister lieber mit Peanuts. Er müsste aber den Ausgleich für die Hartz-IV-Bezieher in die GKV einzahlen. Dabei geht es um rund 10 Milliarden Euro. Mir kommt das vor wie einer, der mit dem Staubsaugen beginnt, weil er sich vor der Steuererklärung drücken möchte. Wir müssen endlich etwas tun!

Wir fordern ganz klar, dass der Abwehrschirm für alle Einrichtungen aufgespannt wird, dass dem Rat der Expertinnen und Experten Folge geleistet wird, und zwar schnell-

tens. Auch der ambulante Bereich, das darf man nicht vergessen, ist hier betroffen. Arztpraxen, Heilmittelerbringer und Apotheken sind von den steigenden Energiekosten auch sehr betroffen, insbesondere die, die viel Energie und Strom verbrauchen. Insbesondere denke ich hier an die Radiologen.

Heute hat der Bundesfinanzminister angekündigt, dass die deutschen Krankenhäuser Geld aus dem "Doppel-Wumms" bekommen sollen. Von den 200 Milliarden Euro soll etwas direkt an die Krankenhäuser gehen, hat Lauterbach heute im Bundestag gesagt. Wie viel genau, hat er nicht gesagt. Wir stehen alle weiterhin im Nebel. Da kann doch keiner planen.

Seit Wochen klagen die Krankenhäuser über die Energiekostensteigerungen, aber auch die gestiegenen Preise im Bereich der Nahrungsmittel. Dasselbe gilt für die Reha-Einrichtungen. Dabei geht es nicht nur um die Träger der Reha-Einrichtungen. Es geht hier auch um die Standortgemeinden, es geht um die vielen, vielen Arbeitsplätze gerade im ländlichen Raum, vor allem aber geht es um die Patientinnen und Patienten. Es geht um Leben und Gesundheit. Die Menschen verlangen zu Recht entschiedenes Handeln. Die Zeit der Untätigkeit muss vorbei sein. Ich bitte Sie deshalb alle, selbst als Anwalt für unsere medizinischen Einrichtungen tätig zu werden und in Berlin auf Ihre Parteifreunde zuzugehen und sie auf die Dramatik der Situation hinzuweisen. Ein guter Anfang wäre, heute unserem Antrag zuzustimmen. – Danke fürs Zuhören.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Nächste Rednerin ist die Kollegin Christina Haubrich von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Christina Haubrich (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sie fordern eine Unterstützung aller medizinischen Einrichtungen im Freistaat durch den Bund; denn wie die Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfaktionen richtig festgestellt haben, ist hier die Bundesregierung in der Pflicht. Dazu

kann ich nur sagen – und Sie haben es ja selber gesagt –, dass aktuell auf Bundesebene Reformvorschläge von einer Expertenkommission erarbeitet werden. Die Bundesregierung arbeitet bereits mit Hochdruck an einer Neugestaltung der Krankenhausfinanzierung, um unsere Krankenhäuser, um unsere Reha-Einrichtungen, um Pflegeeinrichtungen gut durch diese Krise zu bringen. Das ist eine gute Nachricht, und das ist eine notwendige Nachricht.

Sie können aber nicht allein der Bundesregierung den Schwarzen Peter zuschieben; denn die Länder sind für die Krankenhausplanung und die Investitionskostenfinanzierung selbst zuständig. Da sollte sich die Staatsregierung auch an der eigenen Nase packen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die finanzielle Lage unserer Kliniken hier im Freistaat sieht nicht gut aus. Die aktuelle Energiekrise wirft zusätzlich Glut ins Feuer. 66 % der Kliniken in Bayern sind defizitär. Das ist eine traurige Tatsache. Nun verlangen Sie, obwohl man die Energiewende jahrelang auch in diesem Bereich verschlafen hat und viel zu wenig Geld zum Beispiel in die energetische Sanierung von Krankenhäusern gesteckt hat, Unmengen von Geld vom Bund.

Meiner Fraktion und auch mir persönlich sind das Thema Krankenhausfinanzierung sowie die Situation der Kliniken in Bayern sehr wichtig. Ich stehe dazu im engen Austausch sowohl mit den Bundespolitikern als auch mit den Einrichtungen, mit den Krankenhäusern und auch den Verbänden. Auch mich erreichen täglich Zuschriften und Anfragen von besorgten Kliniken zu diesem Thema. Leider überrascht mich das nicht; denn der finanzielle Druck ist natürlich aufgrund der gestiegenen Energiekosten und auch der Inflation noch mal massiv gestiegen.

Die notwendigen Unterstützungsmaßnahmen müssen nun aber zielgenau dort eingesetzt werden, wo sie gebraucht werden. Eine Finanzierung unserer Krankenhäuser muss eines vornehmlich sein, nämlich nachhaltig. Neben den sofortigen Maßnahmen,

die es unbestritten braucht, benötigen wir insbesondere einen Strukturwandel, um die Entwicklung aller medizinischen Einrichtungen auf gesunde Beine zu stellen. Nur so können wir ein energieeffizientes Gesundheitswesen in Zukunft garantieren.

Was Sie in Ihrem Antrag verlangen, ist schon wieder ein Pflaster, wenn auch ein nötiges Pflaster, das wir auf eine Wunde kleben. Die Ursachen dieser Krankheit müssen aber angegangen werden. Uns fehlt eine bedarfsgerechte Krankenhausplanung auf Landesebene.

Ich bin ganz ehrlich: Ich freue mich über Ihren Dringlichkeitsantrag; denn Sie sprechen endlich genau das aus, was wir schon lange kritisieren und fordern. Aber es reicht nicht, die Verantwortung nach Berlin zu schieben. Stattdessen müssen Sie auch hier in Bayern die nötigen Maßnahmen einleiten.

Im Freistaat sind Sie als Landesregierung gefragt, die bayerische Krankenhausplanung endlich zu reformieren. Sorgen Sie für eine auskömmliche Investitionskostenförderung, und schaffen Sie Förderprogramme für die energetische Sanierung der Kliniken. Bayerische Kliniken stehen vor immensen Herausforderungen. Unsere medizinischen Einrichtungen benötigen auch langfristig weitreichende Reformen, die nicht nur auf Bundesebene durchgeführt werden können. Von daher: Zeigen Sie nicht nur mit dem Finger nach Berlin, sondern übernehmen Sie auch hier in Bayern Verantwortung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Danke. – Es gibt noch eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Bernhard Seidenath von der CSU. Herr Seidenath, bitte.

**Bernhard Seidenath (CSU):** Frau Kollegin Haubrich, Sie haben auf die Investitionskostenförderung seitens des Freistaats hingewiesen. Sind Sie sich bewusst, dass die Betriebskosten in unserer dualen Finanzierung von den gesetzlichen Krankenkassen übernommen werden? Sind Sie sich bewusst, dass die Energie zu den Betriebskosten

gehört, und sind Sie sich auch bewusst, dass die Bundesregierung gerade den finanziellen Spielraum der Krankenkassen, die dafür zuständig sind, ganz massiv durch das GKV-Finanzstabilisierungsgesetz, das eigentlich ein Finanzdestabilisierungsgesetz ist, einengt? Sind Sie sich dessen bewusst?

**Christina Haubrich (GRÜNE):** Ich bin mir dessen bewusst. Aber es geht hier ja auch nicht um die Energiekosten, sondern es ging mir darum, dass man schon seit Jahren die Kliniken hätte energetisch sanieren können. Dann hätten wir energietechnisch jetzt weniger Probleme. Für diese Investitionskosten ist durchaus auch der Freistaat zuständig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Danke schön. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Roland Magerl von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

**Roland Magerl (AfD):** Wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer von Ihnen hätte je gedacht, dass wir in Deutschland im Jahr 2022 über die Unterstützung im Bereich der Energiekosten für Krankenhäuser, Vorsorge- und Rehakliniken sowie für medizinische und Pflegeeinrichtungen debattieren müssen? Die über Jahre hinweg verfehlte Energiepolitik ist grandios gescheitert, meine Damen und Herren. Und jetzt? – Jetzt müssen wir darüber beraten, damit die Leute im Winter in den genannten Einrichtungen nicht frieren müssen.

Sie alle, insbesondere Sie von GRÜNEN, SPD und FDP, sind mit Ihrer sogenannten Energiewende dafür verantwortlich. Auch Sie von der CSU tragen eine Mitschuld an dieser Situation. – Oder war es nicht die Kanzlerin von Ihrer Schwesterpartei, welche den Kernkraftausstieg eingeleitet hat, und das ohne ein tragbares Konzept, wie man den Industriestandort Deutschland in Zukunft mit der notwendigen Energie versorgen kann?

(Zuruf)

Es funktioniert nun mal nicht, dass man planbare und grundlastfähige Energie einfach ohne geeigneten Ersatz vernichtet. Da hilft auch kein Mehr an Windrädern oder Photovoltaikanlagen. Wenn kein Wind weht, erzeugen Windräder keine Energie, und wenn die Sonne nicht scheint, dann erzeugen Photovoltaikanlagen keine Energie. Wenn beides eintritt, dann haben wir ein riesiges Problem. Das müssen Sie jetzt endlich langsam verstanden haben, bzw. werden Sie es schmerzhaft erleben und lernen müssen.

Für Ihre krachend gescheiterte Energiepolitik muss jetzt wieder mal der gebeutelte Steuerzahler geradestehen. Ja, liebe Freunde von der CSU, wir müssen Ihrem Antrag zustimmen. Es darf nicht sein, dass unsere bayerischen Mitbürger in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen frieren müssen. Das kann aber nur kurzfristig erfolgreich sein. Mittel- und langfristig müssen Sie alle von Ihrem hohen Ross der sogenannten erneuerbaren Energie absteigen und für ergebnisoffene Forschung sorgen. Wir brauchen nicht nur in Kliniken und Pflegeeinrichtungen eine bezahlbare Energie, sondern für jedermann. Wer es realistisch betrachtet, muss dabei feststellen, dass wir um Kernenergie derzeit eben nicht herumkommen.

Eines will ich an dieser Stelle in Richtung Ampel noch im Hohen Haus loswerden: Wenn Sie nicht bald mit Ihrer Kriegstreiberei, den Waffenlieferungen an die Ukraine und den Sanktionen gegen Russland aufhören,

(Zuruf: Unglaublich!)

wird diese Energiekrise noch unser kleinstes Problem sein.

(Zurufe)

Nein, wir sind nicht die fünfte Kolonne Putins.

(Ruth Waldmann (SPD): Das ist so schäbig!)

Wir sind keine Russland- oder Putin-Freunde,

(Zurufe von der CSU, den GRÜNEN und der SPD: Nein?)

oder welche Diffamierungen Ihnen sonst einfallen. Wir sorgen uns um unsere Bürger und unser Land; genau dafür sind wir gewählt worden.

(Zuruf des Abgeordneten Johannes Becher (GRÜNE))

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Nächste Rednerin ist die Kollegin Ruth Waldmann von der SPD-Fraktion.

**Ruth Waldmann (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zurück zum Thema: Das Problem am vorliegenden Dringlichkeitsantrag ist, dass es in erster Linie gar nicht nur um die in Not geratenen Gesundheitseinrichtungen, sondern halt auch stark um politische Spiegelfechtereien geht. Warum soll denn der Landtag bitte eine vom Bundesrat bereits beschlossene EntschlieÙung unterstützen, wie von Ihnen beantragt? Wozu soll das denn gut sein?

Ich habe heute hier für die SPD einen Gesetzentwurf eingebracht, in dem es darum ging, von Bayern aus das zu leisten, was hier möglich ist und wofür der Freistaat im Bereich der Förderung von Investitionskosten für Krankenhäuser auch zuständig ist. Noch bevor der Tagesordnungspunkt überhaupt aufgerufen war, musste ich schon auf Twitter einen Beitrag des Gesundheitsministeriums lesen, in dem es hieß, dass der Gesundheitsminister die Kritik der SPD zurückweise und es bei den Kliniken überhaupt keine großen Probleme gebe, es super laufe und die Kliniken in Bayern vorbildlich dastünden. – Wir wollten gar keine Kritik an der Staatsregierung üben, sondern haben konkrete Verbesserungen und Hilfsmaßnahmen vorgeschlagen. Sie sind aber inzwischen so an das Spiel gewöhnt, sofort auf Angriff zu schalten und mit dem Finger auf die Bundesregierung zu zeigen und zu zetern, dass Sie das gar nicht gemerkt haben.

Stattdessen legen Sie uns nun einen Antrag vor, der ausschließlich gegen die Bundesregierung schimpft – das ist nicht sehr dienlich – und auf deren Verantwortung bei

den Betriebskosten hinweist; zu der eigenen Verantwortung haben Sie dann nichts gesagt. Die gute Nachricht ist jedoch, dass sich die Ampelkoalition und die Bundesregierung in Berlin dieser Verantwortung bewusst sind und handeln. Sowohl der Bundesminister als auch die Gaspreis-Kommission sehen den Hilfebedarf bei den Krankenhäusern und sonstigen medizinischen Einrichtungen.

Erst heute ist in der Fragestunde des Bundestags die klare Zusage des Bundesministers gekommen; die Kliniken und medizinischen Einrichtungen werden wohl unter die 80-Prozent-Regel der Gaspreisregel fallen. Für den verbleibenden Restbedarf soll es dann noch zusätzlich flankierende Hilfsfonds geben. Das heißt: Damit ist sehr schnell über eine grundsätzliche, wichtige und weitreichende Regelung entschieden worden. Die Umsetzung kommt auf Hochtouren.

Ich kann nur hoffen, dass das auch für den von Ministerpräsident Söder angekündigten Härtefallfonds für Sozialeinrichtungen, Unternehmen und Privatschulen gilt; er wurde angekündigt, war dann aber vage, dann sollte er verdoppelt werden, und jetzt wird wieder auf die Steuerschätzung gewartet. Ich hoffe, dass das hier zumindest in Bayern so schnell mit einem einfachen "Wumms" vorangeht. Also: Wir müssen uns hier bei Ihrem Antrag enthalten, weil es diesen Antrag nicht braucht. Die Bundesregierung ist bereits losmarschiert und handelt.

(Beifall bei der SPD)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Danke. – Nächster Redner ist der Kollege Matthias Fischbach von der FDP-Fraktion.

**Matthias Fischbach (FDP):** Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute Morgen hat unser Staatsminister Blume auch schon beim Universitätsklinikagesetz gesagt, der Bund sei quasi allein für die Energie zuständig. Ich fand das interessant; denn hätte er das einmal früher gesagt, dann hätten wir uns vielleicht auch die eine oder andere Regierungserklärung unseres Wirtschaftsministers und auch die jahrelangen Blockaden der Bayerischen Staatsre-

gierung gegen die Windkraft, den Trassenausbau oder auch die Erschließung bayerischer Gasvorkommen sparen können.

(Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Immer das Gleiche!)

– Herr Staatskanzleichef, übrigens möchte ich zur gestrigen Kabinetts-PK auch einmal sagen, dass 14 von 16 Ländern gerade eigene Unterstützungspakete für die Hochschulen planen. Bayern ist da anscheinend nicht dabei, wenn ich das richtig höre. Beim Thema Energie, um das es hier heute geht, steht für mich eines fest: Diese Krise können wir nur gesamtstaatlich meistern.

(Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Wir sind nicht zuständig!)

Das erwarten auch die Bürgerinnen und Bürger von uns. Es gilt also, nicht immer gegenseitig mit dem Finger auf den anderen zu zeigen, sondern als zuständiger Politiker für seinen Bereich Verantwortung zu übernehmen und gemeinsam an Lösungen zu arbeiten. Darum sollte es heute gehen. Der Dringlichkeitsantrag überzeugt mich aber nicht.

Sie hätten jetzt zum Beispiel Gelegenheit gehabt, konkret zu beschreiben, wie Sie eigentlich den von der Kollegin angesprochenen Härtefallfonds ausgestalten wollen und was dafür vielleicht noch nötig ist.

(Tobias Reiß (CSU): Da soll einmal die Bundesregierung konkret beschreiben, was sie will!)

Das wäre der eigene Wirkungskreis des Bayerischen Landtag gewesen; das wäre der Zuständigkeitsbereich gewesen. Aber den erwähnen Sie nicht einmal. Der Antrag ist leider nur Finger-Pointing. Das ist zu wenig. Aber wir gehen es trotzdem einmal durch:

Der Kollege von der CSU hat es vorhin den bayerischen "Wumms" genannt; im ersten Absatz ist aber nur von einer alten Bundesratsinitiative die Rede. Die Debatte dazu ist längst gelaufen. Hier sollen wir das Ganze noch nachträglich begrüßen? – Wenn das

das Verständnis von Parlamentsbeteiligung ist, dann können wir uns die Energie im wahrsten Sinne des Wortes sparen.

(Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Und was ist mit Ihrem letzten Antrag von vorhin?)

– Ja, der zielt auf eine noch zukünftige Abstimmung im Bundesrat, Herr Staatskanzleichef. Wir freuen uns natürlich, wenn Sie dem auch zustimmen. – Im zweiten Absatz kritisiert dieser Antrag einen Beschluss der Regierungschefs aus Bund und Ländern; das haben Sie wahrscheinlich auch mitverhandelt, Herr Staatskanzleichef. Vielleicht können Sie mir dann noch einmal erklären – vielleicht habe ich etwas verpasst; der Antrag wird jetzt kritisiert –, ob Bayern nicht dafür gestimmt hat. Ich habe dazu jetzt keine Protokollerklärung gefunden; nur Sachsen hat eine Protokollerklärung abgegeben.

Dass Sie hier jetzt also den Aufstand proben, ist für mich an dieser Stelle nicht überzeugend. Was fordern Sie jetzt eigentlich noch konkret in diesem Antrag? – Erstens sehe ich jetzt noch eine Unterstützung bei den Energiekosten nur durch den Bund, insbesondere für die Rehakliniken, natürlich die Krankenhäuser und die Pflegeeinrichtungen. Ansonsten soll die Staatsregierung ermutigt werden, den Bund an die Verantwortung zu erinnern. – Ich finde das spannend.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sind Sie eigentlich Politiker in Bayern?)

Als ob der Staatsregierung gerade der Mut ausginge, mit dem Finger auf den Bund zu zeigen! Ich gebe Ihnen aber einmal einen Tipp: Wenn Sie schon einmal mit dem Finger auf den Bund zeigen,

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sie sind anscheinend kein bayerischer Politiker!)

dann schauen Sie sich einmal an, was der Bund da so macht. Vielleicht schauen Sie sich das einmal genau an. Das ist nämlich eine ganze Menge.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Nichts für Bayern!)

Es gibt drei Entlastungspakete und jetzt noch einmal 200 Milliarden Euro rund um diese Gaspreisbremse. Ich will auch noch einmal kurz erklären, wie das funktionieren soll.

(Tobias Reiß (CSU): Wann kümmert ihr euch um den Mittelstand?)

– Ja, wenn Sie schreien, dann merkt man, dass man getroffen hat.

(Widerspruch bei der CSU)

Neben den Einmalzahlungen für die Gaskunden gibt es dann jetzt als zweiten Ausbauschritt, sozusagen als zweite Stufe, noch einmal ein Grundkontingent, bei dem dann eben auch für soziale Einrichtungen ermäßigte Preise gelten. Der Bundesgesundheitsminister hat auch gesagt, ein Teil der 200 Milliarden Euro werde noch einmal an die Länder fließen, um auch die Kliniken direkt zu unterstützen, wie eben angesprochen wurde.

Wenn Sie sich außerdem den Zwischenbericht für Gas und Wärme anschauen, der vor zwei Tagen von der Expertenkommission kam,

(Tobias Reiß (CSU): Haben wir noch Zeit für Zwischenberichte?)

dann sehen Sie, dass ein zusätzlicher Hilfsfonds für soziale Dienstleister vorgesehen ist,

(Tobias Reiß (CSU): Oder müssen wir langsam handeln?)

wo explizit – entgegen Ihrem Antrag – die Rehakliniken genannt werden.

(Thomas Huber (CSU): Zwischenberichte!)

– Ja, so sieht es aus, aber den Zwischenbericht muss man vielleicht einmal haben.

(Tobias Reiß (CSU): Die FDP verschärft die Krise! – Thomas Huber (CSU): Entscheidet endlich einmal was!)

– Ja, wir entscheiden,

(Tobias Reiß (CSU): Wann denn?)

indem wir uns die Experten anhören. Das unterscheidet uns von Ihnen. Sie entscheiden vielleicht zuerst und wollen das dann mit Experten irgendwie rechtfertigen. Das ist die falsche Herangehensweise, liebe Kolleginnen und Kollegen. Dieser Hilfsfonds ist also genau dazu gedacht, um die Leistungserbringer, die Kostenträger zu entlasten. Da wollen wir lange Verhandlungen vermeiden,

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Die FDP ist der Totengräber des Mittelstands!)

die ansonsten nötig wären. Da ist schon vieles auf dem Weg. Ich frage mich wirklich, welchen Mehrwert dieser Antrag da jetzt noch bringen soll.

Die Bundesregierung entlastet, wie gesagt, schon mit mehreren Paketen. Die Gaspreisbremse ist jetzt auf dem Weg; die Grundlage ist mit dem Zwischenbericht geschaffen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das ist gut, dass die Bürger das einmal so hören!)

Der Hilfsfonds für soziale Dienstleister ist darin vorgesehen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Ich sage nur 4,9 %!)

Bayern ist eigentlich nicht aus der Verantwortung entlassen, aber der Antrag sagt nichts zu bayerischen Maßnahmen; deswegen greift er zu kurz. Ein bayerischer "Wumms" ist nicht zu hören.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Aus Berlin aber auch nicht!)

Wir lehnen diesen Antrag ab.

(Beifall bei der FDP)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Herr Fischbach, bleiben Sie bitte am Rednerpult! – Nachdem der Applaus verklungen ist, macht der Kollege Seidenath eine Zwischenbemerkung.

**Bernhard Seidenath (CSU):** Da habe ich ja nicht so lange warten müssen. – Herr Fischbach, Sie haben von Finger-Pointing gesprochen und erwähnt, dass Sie sich freuen, wenn der Freistaat Bayern der vorhin von mir erläuterten Initiative zustimmte. Sie haben gesagt, dass eigentlich auch schon alles laufe; Frau Kollegin Waldmann hat in das gleiche Horn geblasen. Eine ganz konkrete Frage, Herr Fischbach: Was können die Krankenhäuser und Einrichtungen erwarten, in welcher Höhe und ab wann? – Da ist nämlich nichts klar. Bitte klären Sie mich jetzt darüber auf, was die Häuser ab wann – Sie können sich vorstellen, dass das für einen Finanzchef, der sich fragt, wann er das Geld kriegt, auch ganz wichtig ist – und in welcher Höhe erwarten können.

(Ruth Waldmann (SPD): Was ist mit einem bayerischen Härtefallfonds?)

**Matthias Fischbach (FDP):** Es ist doch relativ einfach abzusehen. Wir haben zum einen die Gaspreisbremse; da ist klar, dass sie ab Dezember greift. Zum anderen müssen die Maßnahmen in diesem Rahmen noch entschieden werden; das ist ein ganz normaler Prozess. Wir fußen da mit unseren Ideen auf dem, was die Experten sozusagen vorbereitet haben. Daher ist das ein klarer Punkt. Sie können dem als Freistaat Bayern natürlich hier auch vorgreifen. Ansonsten sind Sie ja immer ganz stolz darauf, als Vorreiter die Kliniken oder andere Einrichtungen zu unterstützen; in der Corona-Krise machen Sie das doch jetzt an dieser Stelle auch. Wenn Sie zeigen können, dass Sie solche Gelder so schnell,

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Er ist kein bayerischer Politiker!)

in dieser Geschwindigkeit auf den Weg bringen können – da bin ich gespannt.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Wahnsinn!)

Aber der Bund ist auf jeden Fall mit voller Geschwindigkeit dran.

(Beifall bei der FDP – Thomas Huber (CSU): Mit voller Geschwindigkeit? – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Nicht für Bayern, nur für andere Bundesländer!)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Susann Enders von den FREIEN WÄHLERN.

**Susann Enders (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bayerns Krankenhäuser, Vorsorge- und Rehakliniken, Pflegeeinrichtungen und sonstige medizinische Einrichtungen brauchen jetzt Unterstützung, mehr als zuvor, und nicht erst, wenn irgendein "Wumms" oder "Doppel-Wumms" oder sonst was gehört wird. Bis da irgendjemand mal zu Potte kommt, sieht es nämlich mit unseren medizinischen Einrichtungen schlecht aus. Gemeinsam mit unserem Koalitionspartner unterstützen wir die von Bayern, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein erfolgreich eingebrachte und vom Bundesrat verabschiedete EntschlieÙung zur kurzfristigen Sicherung der Liquidität der Krankenhäuser, der Reha- und Vorsorgeeinrichtungen sowie von medizinischen Einrichtungen und Pflegeeinrichtungen, damit sie im kommenden Winter aufgrund von massiv steigenden Energiekosten nicht vor der Pleite stehen.

Russlands Energiekrieg bedroht zunehmend die Liquidität der medizinischen Einrichtungen hier in Bayern. Eine bundesweite Hochrechnung geht davon aus, dass für 2023 im Vergleich zum Jahr 2021 mit mindestens 4 Milliarden Euro Energiekostensteigerung allein im Krankenhaussektor zu rechnen ist. Wir fordern daher dringend zum Handeln auf, und zwar jetzt. Mit der bayerischen Green Hospital Initiative motivieren und unterstützen wir hier in Bayern die Kliniken seit Jahren dabei, Energie einzusparen und den Energieverbrauch spürbar zu senken. Das ist nämlich ein Punkt, den der Bund seit Jahren verschlafen hat, die Energieeinsparung. Bei Lüftungsanlagen, Zen-

tral-OP, Großküche sowie diagnostischen Geräten wie CT und MRT ist das Energiesparen leider nur sehr begrenzt möglich. Hier kann man nicht einfach abschalten.

Ein Krankenhaus mittlerer Größe wird im kommenden Jahr schätzungsweise circa 6 Millionen Euro mehr für Gas und Strom bezahlen müssen als im Jahr 2021. Über normale Erlöse können diese Ausgaben weder gedeckt noch kompensiert werden. Hierfür muss der Bund aufkommen. Das betrifft auch Arztpraxen, Zahnarztpraxen und Apotheken.

Weshalb nun heute unser Dringlichkeitsantrag? – Das Ergebnis der Bund-Länder-Besprechung zur Energiekrise vom 4. Oktober verharmlost die Lage, und zwar extrem. Doch ein Schönreden vom Bund gefährdet unsere medizinische Versorgung hier vor Ort. Die Vorsorge- und Reha-Einrichtungen sind im geplanten Abwehrschirm des Bundes bisher nicht einmal benannt worden. Genau dafür ist dieser Dringlichkeitsantrag hier richtig und wichtig.

Die Fehlentscheidungen im Bund und die Zurückhaltung bei dringend notwendigen Beschlüssen bringen unser Gesundheitssystem zum Erliegen, erst die Pflege, dann die Ärzte; ich denke nur an die Streichung der Neupatienten-Regelung. Und jetzt noch die Kranken- und Pflegeeinrichtungen. Halt! Stopp! Der Bund muss jetzt handeln! Er darf die durch den russischen Angriffskrieg verursachten Energiekosten nicht auf die Beitragszahler der gesetzlichen Kranken- und Pflegekassen abwälzen. Dafür haben wir unseren heutigen Dringlichkeitsantrag eingebracht. Ich bitte um Zustimmung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CSU und der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 18/24398 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER und Herr Abge-

ordneter Klingen (fraktionslos). Gegenstimmen bitte anzeigen! – Das sind die Fraktionen der AfD und der FDP und Herr Abgeordneter Plenk (fraktionslos). Stimmenthaltungen bitte anzeigen! – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN und der SPD. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.